GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5905. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 245 B — BERLIN • Dienstag, den 18. Oktober 1932 — 1. JAHRGANG

Arbeiterfeinde mit und ohne Maske.

Priester an Papen / Arbeiter, laßt Euch nicht täuschen!

AUS DEM INHALT:

Klerikaler Vorstoß gegen die Liga für Mutterschutz.
Wochenende des politischen Terrors.
Der mutige Bremser.
Müssen Kinder fischen?
Deutsche Ausfuhr steigt.

Zu dem Kreise derjenigen, die Papen wanken machen, haben sich die Führer der Katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands gesellt. Diese Priester, unter ihnen zwei Monsignores, haben einen offenen Brief an ihren Glaubensgenossen Papen geschrieben, aus dem wir im folgenden einige Stellen mitteilen.

Der Brief zeigt das Fingerspitzengefühl für etwas, was Papens und Schleichers Verständnis fern liegt: dafür, daß man das Rad der Geschichte nicht ohne weiteres rückwärts drehen kann, so, als wären z. B. einige Jahrzehnte Arbeiterbewegung und sozialistische Aufklärungsarbeit nicht gewesen; als wäre die die Arbeiterschaft unerhört kräftigende russische Revolution nicht gewesen. Papen und Schleicher unternehmen diesen Versuch des Rückwärtsdrehens, ohne auch nur den Schein einer neuen Idee herzuraffen, wie der Faschismus es wenigstens versucht. Es ist unwahrscheinlich, daß die deutschen Diktatoren mit ihrer Methode des Husarenritts durchkommen werden, und die Arbeiterschaft soll sich bei Zeiten auf ihre Lösung der Frage vorbereiten, wer das Erbe der Husarenoffiziere übernehmen wird. Mit dem Versuch, die politische Arbeiterbewegung im frontalen Angriff zu erledigen, hat selbst Bismarck keine Freude erlebt.

Die katholischen Arbeiterpräsides schreiben an Papen:

„Sie reden oft zum deutschen Volke. Sie tun es im Rundfunk, wo man Sie nur hören, Ihnen aber nicht antworten kann.

. . . Sie erscheinen vor der in- und ausländischen Presse, auf der Rennbahn und bei Ausstellungen, aber Sie erscheinen nicht dort, wo jene Volksmassen sind, die schwer leiden und vom Schicksal der Wirtschaftskrise am bittersten heimgesucht werden. . . . Zu keiner Zeit, nicht einmal in den Monaten des Zusammenbruches, ging eine so tiefe Unruhe, eine solche Verbitterung und Gärung durch das Arbeitervolk. Das erfüllt uns mit größter Sorge um die Arbeiterschaft nicht nur, sondern auch ebensosehr um unseren Staat und um die Sache des Christentums. . . . Sie haben . . . die Möglichkeit gegeben, die ohnehin äußerst knappen Löhne der Arbeiter zu kürzen, und zwar unter Einbruch in das von den Arbeitern und auch von uns bisher so nachdrücklichst verteidigte Tarifrecht. . . .

Mit alledem haben Sie nicht der Privatinitiative, sondern dem Kommunismus die „Chance" gegeben.

Noch vor kurzem war er auf absteigender Linie. Heute steigt seine Kurve mit allen den verhängnisvollen Gefahren für Staat und Volk. . . . Neben der Verletzung des sozialen Gerechtigkeitsgefühls erschüttert uns die Erkenntnis, daß durch die Handlungen Ihrer Regierung in unserem Volke das Rechtsbewußtsein getroffen, verwirrt und auf das empfindlichste geschwächt wird. Wir sind in einer Krise des Rechts ohnegleichen. . . . Sie werden von Schritt zu Schritt weitergetrieben, von Verfassungswidrigkeit zu Verfassungswidrigkeit. Wir fragen Sie:

Was soll werden, wenn

von dem gefährlichen Gedanken, daß Macht vor Recht geht, daß mit Bajonetten alles gemacht werden kann, auch solche Volksteile ergriffen werden, die bisher frei davon geblieben sind, weil sie an die Kraft der sittlichen Idee und an die Macht des Rechts geglaubt haben?

Beachten Sie die warnenden Beispiele der Geschichte! Denken Sie an die schicksalshaften Erschütterungen und Umwälzungen in den Ländern und Völkern der Gegenwart."

*

Arbeiter, laßt euch nicht täuschen dadurch, daß die Worte „Recht" und „Gerechtigkeit" von diesen Priestern im Munde geführt werden!

Zu deutlich spricht aus dem Brief die Angst, Papens Unbesonnenheit möchte die Stunde des Aufstands der Entrechteten vorbereiten. Das zu verhindern ist ihre Sorge!

Die geplatzte Wahlbombe.

„Klepper, der Ivar Kreuger der preußischen Staatsfinanzen"?

Rpt. In der „Affaire Klepper", wie es die „Berliner Börzen-Zeitung" nennt, häufen sich die „Enthüllungen" und Erklärungen derart, daß dem Leser all des bedruckten Papiers die ganze Angelegenheit reichlich verhüllt wird. Vorläufig liegen vor: der Bericht des deutschnationalen Abgeordneten Steuer im Untersuchungs-Ausschuß des preußischen Landtages, ein Aufsatz des Herrn Steuer, den die deutschnationale Pressestelle unter der Ueberschrift verbreitet: „Klepper, der Ivar Kreuger der preußischen Finanzen", ferner eine Erklärung, die Klepper einem Mitarbeiter der Korrespondenz Hofrichter gegeben hat, und eine Antwort Steuers darauf. Schließlich hatte das Preußische Staatsministerium — so etwas gibt es nämlich noch! — am Samstag zu einer Besprechung in das Haus der Presse eingeladen, in der der von Papen abgesägte preußische Finanzminister Klepper zu den Beschuldigungen Stellung nahm. Den Punkt auf das „i" setzt die Hugenbergsche „Landwirtschaftliche Wochenschau", die dadurch deutlich zeigt, aus welcher Richtung die Angriffe gegen Klepper letzten Endes kommen:

Die Angriffe kommen aus Ostelbien, aus Kreisen von Großgrundbesitzern, denen gegenüber Klepper mit Krediten nicht so freigebig war, wie sie sich das wohl wünschten.

1. Das Konto A.

Steuer behauptet, Klepper habe als Präsident der Preußenkasse durch einen Scheinvertrag mit der Domänenbank zu seiner persönlichen Verfügung ein Konto A geschaffen, auf das nach und nach 198 000 Mark eingezahlt wurden. Zu seiner Verteidigung führt Klepper merkwürdigerweise an, er habe nicht den geringsten persönlichen Vorteil dabei gehabt, — was niemand behauptet hatte. Nach Kleppers Darstellung war das Konto lediglich dazu bestimmt, „politische oder wirtschaftspolitische Ziele zu fördern", zum Beispiel die „Grünen Blätter", eine agrarpolitische Korrespondenz, zu finanzieren, die die Aufgabe hatte, die Ansichten der Preußenkasse in der Oeffentlichkeit zu vertreten. Später ist, wie wohl auch feststeht, eine andere Korrespondenz, die „Landwirtschaftshilfe", aus dem Konto finanziert worden (Kosten angeblich monatlich 1170 bis 1500 Mark).

Kleppers Gegner behaupten ferner folgende Zahlungen: 30 000 Mark an Herrn Rohde (Frankenhausen), als „eine Art Schweigegeld" wegen des erwähnten Scheinvertrages; 5000 Mark an den Minister Hirtsiefer für den Wahlkampf des Zentrums in Oberschlesien, die gleiche Summe, ebenfalls für den Wahlkampf, an den Staatsparteiler Wachhorst de Wente, ferner 15 000 Mark auf Umwegen für Parteizwecke der Sozialdemokratischen Partei (auf Grund von Verhandlungen mit Professor Heller); 20 000 Mark seien an den ehemaligen Ministerialdirektor Spieker geflossen, wobei nicht klar sei, ob Spieker mit Hilfe dieses Geldes die Zersetzungsarbeit der nationalsozialistischen Oppositionsgruppe Stennes-Strasser unterstützen oder aber die Reichsregierung bespitzeln sollte. — Bei all diesem handelt es sich vorläufig um die Darstellung einer Partei.

2. Kredit an die Stadt Köln.

Die Stadt Köln war Ende 1930 in Finanzschwierigkeiten und fand zunächst keine Hilfe. Mehrere Zentrumspolitiker bemühten sich um Hilfe; genannt werden Hirtsiefer, Kaas und Brüning. Die Preußenkasse darf nach ihrer Satzung an Gemeinden keine Kredite geben. Die Preußenkasse tat das auch nicht unmittelbar, gab aber der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Köln, 12 Millionen Mark Wechsel ländlicher Genossenschaften, worauf diese der Stadt Köln einen Kredit gab, der anscheinend bis auf einen Rest von 2 Millionen Mark inzwischen zurückgezahlt ist; wer für etwaige Ausfälle an diesem Rest haftet, die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft oder die Preußenkasse, scheint strittig zu sein. — Daß der Staat die Stadt Köln nicht einfach Konkurs anmelden lassen durfte, leuchtet ein. Aber: war es Sache der Preußenkasse zu helfen?

3. Kölnische Volkszeitung.

Auf dem Umweg über eine Reihe von Zwischeninstanzen hat die Preußenkasse rund 2½ Millionen Mark im Geschäftsbetrieb der führenden westdeutschen Zentrumszeitung, der „Kölnischen Volkszeitung", investiert. Was diese Aktion mit dem Geschäftsbereich einer zentralen Genossenschaftskasse zu tun hat, ist allerdings unerfindlich. Die Subvention geht angeblich darauf zurück, daß Zentrumspolitiker sich darüber beklagt hatten, der Preußische Staat habe zwar demokratischen Zeitungen gegenüber eine offene Hand, nicht aber den Zeitungen des Zentrums gegenüber. Da der Staat sich nicht unmittelbar an der „Kölnischen Volkszeitung" beteiligen wollte, sei Klepper beauftragt worden, das Geschäft aus Mitteln der Preußenkasse zu machen. — Ziemlich merkwürdig!

4. Staatssekretär Abegg.

Staatssekretär Abegg war in Geldschwierigkeiten — nach Aussage Kleppers, weil das Bankgeschäft, bei dem

Vom Klassenkampf in den Betrieben.

Vollerfolg.

Streikbeschluß verhindert Lohnraub im Kabelwerk Ketschendorf bei Fürstenwalde! Die Betriebsleitung hatte von der Belegschaft von etwa 400 Arbeitern, darunter die Hälfte Frauen, die Zustimmung zu einer zwanzigprozentigen Lohnherabsetzung bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden gefordert. Eine sofort organisierte Belegschaftsversammlung lehnte das Ansinnen der Direktion ab und beschloß den Streik für den Fall, daß der Lohnabbau durchgeführt werden sollte. In einer kurz darauf zusammengerufenen Versammlung konnte der Betriebsrat schon mitteilen, daß der Streikbeschluß Erfolg hatte und die Forderungen der Betriebsleitungen zurückgezogen worden waren.

Neue Streiks.

Abwehrkampf gegen Anwendung der Notverordnung bei der Firma C. Heve, Glasmanufaktur in Roßwein. Die Arbeit wurde am 13. Oktober geschlossen von allen Arbeitern eingestellt.

Streik in der Weserschiffahrt:

Die Lage hat sich verschärft. Nicht nur sämtliche noch in Fahrt befindlichen Schlepper und Schiffe wurden stillgelegt, sondern auch die Schiffe im Freihafen und auf der Weser wurden auf Veranlassung der Streikenden von ihren Besatzungen verlassen.

Streik bei der Steingutfabrik Sörnewitz A.-G., Sörnewitz bei Meißen.

460 Arbeiter und Arbeiterinnen sind in den Streik getreten, weil die Firma die Löhne auf Grund der Notverordnung noch weiter kürzen wollte, obwohl sie erst kurz vorher eine elfprozentige Lohnkürzung erreicht hatte durch Uebergang von einer höheren Ortsklasse, die sie 10 Jahre freiwillig den Löhnen zu Grunde gelegt hatte, auf die niedrigere Ortsklasse. Außerdem wollte die Betriebsleitung ein paar Dutzend junge Mädchen einstellen, die einen

Stundenlohn von 11 bis 15 Pfennigen erhalten sollten!

Dafür hätte die Firma Steuergutscheine erhalten, die auf eine höhere Summe gelautet hätten als die Lohnsumme für diese Mädchen betrug.

er ein Konto hatte, seine Zahlungen einstellte —, Abegg hat Mitte 1931 einen Kredit von 13 600 Mark erhalten, der inzwischen zurückgezahlt ist. Der Kredit wurde nicht von der Preußenkasse gewährt, sondern — angeblich auf Veranlassung Klepperts — von der „Deutschen Landmann-Bank", die von der Preußenkasse abhängig ist. Klepper weist darauf hin, diese Kreditgewährung sei ein ganz normales Bankgeschäft dieser Bank, zu deren Geschäftsbereich die Gewährung von Beamtenkrediten gehöre.

5. Das Magazin der Wirtschaft.

Auf einen journalistischen Hochstapler Raffael Bernfeld, den Herausgeber des „Magazins der Wirtschaft", ist auch Klepper hereingefallen. Das kostet die Preußenkasse, zu deren Geschäftsbereich die Unterstützung von Zeitschriften wirklich nicht gehört, 174 000 Mark. Der Hinweis Kleppers, daß auch *andere* Banken von jenem Betrüger betrogen worden sind, unter anderem auch die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, ist nicht uninteressant, aber keine Rechtfertigung für Klepper.

Abgesehen davon, daß sich viele Stellen zwecks Wahlpropaganda darum bemühen, die wirkliche Aufklärung zu verhindern, sind nunmehr zwei Stellen von Amts wegen mit der Aufklärung beschäftigt: Die Staatsanwaltschaft und der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages, der voraussichtlich am Dienstag den Fall „Kölnische Volkszeitung" erörtern und dazu viele Zeugen vernehmen wird.

Der Zeitpunkt für die „Wahlbombe" ist günstig gewählt. Eine restlose Aufklärung bis zum 6. November ist kaum möglich, der Wahlkampf kann also auf Enthüllungen und Gegenenthüllungen Nahrung ziehen; beides trägt leider nur dazu bei, den wirklichen Tatbestand zu verschleiern: den Klassengegensatz, um den es bei dieser wie bei anderen Wahlen geht. Er liegt dem Kampf der Junker gegen Klepper zu Grunde, wobei leider keineswegs eindeutig feststeht, daß Klepper ein würdiger Vertreter der anderen Seite ist. Daß er bei den Junkern verhaßt ist, reicht als Beweis dafür jedenfalls noch nicht hin.

Der Lytton-Bericht im Licht der japanischen Antwort.

Ein japanisches Nachrichtenbüro aus Tokio meldet, daß die japanische Antwort auf den Lytton-Bericht fertiggestellt ist; sie soll dem Völkerbund, den Vereinigten Staaten und der Sowjet-Union zugestellt werden.

Diese Antwort ist eine schroffe Ablehnung des Berichts. Soweit bisher bekannt ist — der vollständige Wortlaut wird erst Ende Oktober in Genf und Tokio veröffentlicht —, enthält sie die folgenden Behauptungen:

1. Der Lytton-Bericht weist an verschiedenen Stellen eine Tendenz gegen Japan auf.
2. Durch das Eingreifen der japanischen Truppen ist es gelungen, Ruhe und Ordnung in der Mandschurei wiederherzustellen.
3. China ist kein geordnetes Staatswesen, dort herrscht eher Anarchie als Ordnung.
4. Die Verantwortung für die japanfeindliche Bewegung, insbesondere für den Handelsboykott muß die chinesische Regierung tragen.
5. Der Völkerbundsausschuß hat die Ursache des chinesisch-japanischen Konflikts nicht richtig erkannt. Wenn er die Ursachen des Eingreifens Japans in der Mandschurei klargestellt hätte, so hätte er nie die Schuld Japan zuschreiben können.
6. Die Bomben, die Anfang September 1931 an der südmandschurischen Bahn geworfen wurden, waren der erste Anlaß für das militärische Eingreifen Japans in der Mandschurei.
7. Die ablehnende Haltung des Völkerbundsausschusses in der Frage der Anerkennung des mandschurischen Staats ist auf die Unkenntnis der politischen Lage zurückzuführen.
8. Die japanische Regierung lehnt es ab, die Mandschurei unter internationale Kontrolle zu stellen, da diese Lösung unter allen Umständen undurchführbar sei.
9. Der Völkerbundsausschuß hat seine Feststellungen auf Grund von etwa 1500 Briefen von Privatleuten gemacht, die japanfeindlich eingestellt waren.

•

Die Skrupellosigkeit und Frechheit, mit der die japanische Regierung in dieser Antwort die Tatsachen auf den Kopf stellt — die dauernd sich verschärfenden Kämpfe mit aufständischen Mandschuren, die sich der japanischen Herrschaft widersetzen, illustrieren die „Ruhe und Ordnung", auf die Japan seine Ansprüche gründet, zur Genüge —, zeigt, daß die japanische Regierung einem Gegner antwortet, den sie verachtet. Sie versteckt diese Verachtung nicht einmal hinter Scheinzugeständnissen.

Der Völkerbund war seiner Satzung nach verpflichtet, auf den japanischen Eroberungsfeldzug mit einem Strafakt zu antworten. Der Lytton-Bericht hat erneut bestätigt, daß das japanische Vorgehen in der Mandschurei weder durch die Vorgänge im September 1931 gerechtfertigt war noch die Zustimmung der Bevölkerung dieses Landes fand. Die Haltung, die er nach diesen Feststellungen dem Völkerbund empfahl, war die der Schwäche und Nachgiebigkeit gegenüber Japan — bis an eine Grenze, die vielleicht nur durch die von den USA angemeldeten Interessen bestimmt war. Die Quittung für diese Schwäche hat Japan der Kommission jetzt ausgestellt.

Dieser Notenwechsel — Lytton-Bericht und japanische Antwort — zeigt wieder einmal deutlich die Ohnmacht einer Organisation, die mit dem Anspruch einer Rechtsorganisation auftritt, aber keine *Macht* besitzt, um hinter ihre Vorschläge und Urteile Druck zu setzen. Lytton, als Beauftragter des Völkerbundes, wußte, was er dem Völkerbund zumuten konnte, und versuchte dementsprechend, zwischen den widerstreitenden Interessen der Großmächte hindurchzulavieren. Das Experiment ist mißlungen. Das einzige Ergebnis: eine weitere Blamage des Völkerbundes, die erneut den Gedanken nahelegt, daß eine derart ohnmächtige und haltlose Institution die Idee einer rechtlichen Schlichtung internationaler Streitfälle, der sie dienen soll, durch ihre Handlungen nur diskreditiert.

Amerikanischer Protest in Tokio.

Keine Beeinflussung des Lytton-Berichts.

Ein Vertreter der amerikanischen Botschaft in Tokio hat im japanischen Außenministerium Erklärungen verlangt wegen der Behauptungen des japanischen Außenministers, daß amerikanische Staatsangehörige die Zusammenstellung des Lytton-Berichts beeinflußt hätten. Die amerikanische Regierung stehe derartigen Machenschaften völlig fern und verlange Aufklärung über die japanischen Behauptungen. Der Vertreter des japanischen Außenministerium erklärte, die japanische Regierung sei nicht in der Lage, über die Einzelheiten des fraglichen Vorgangs der Oeffentlichkeit jetzt schon Mitteilungen zu machen; sie werde dies aber bei der Besprechung des Lytton-Berichts in Genf tun.

Am Südabschnitt der chinesischen Ostbahn ist ein neuer Aufstand von chinesischen Freischaren gegen den mandschurischen Staat und die ihn unterstützenden Japaner ausgebrochen; japanische Truppen sind nach dem Aufstandsgebiet hin unterwegs.

Mandschurischer Vertreter in Moskau.

Die mandschurische Regierung hat beschlossen, einen diplomatischen Vertreter nach Moskau zu entsenden, um sich über die Stellung der Sowjet-Regierung zum Fernen Osten zu informieren.

Die englisch-irischen Verhandlungen über die künftige Regelung der Landannuitäten sind zusammengebrochen. Die irischen Minister sind sofort nach Dublin abgereist.

Die politische Leitung des Völkerbundes.

Einigung gemäß den deutschen Ansprüchen.

Der vierzehngliedrige Ausschuß der Völkerbundsversammlung kam am Sonnabend nachmittag nach umständlichen Verhandlungen, die dauernd von Telephongesprächen mit Berlin, London, Paris und Rom unterbrochen waren, endlich zu einem

Ergebnis in der Frage der Völkerbundsleitung.

Der Streitpunkt der bisherigen Verhandlungen, die deutsche Forderung, daß in der politischen Leitung des Völkerbundes keine Völkerbundsmacht mehr als zwei Vertreter haben dürfe, wurde dadurch überwunden, daß die Forderung angenommen wurde. Die Konsequenz ist die, daß

je ein französischer und italienischer Beamter ausscheiden.

Die Entscheidung dieses Vierzehner-Ausschusses wurde noch am Sonnabend nachmittag von einem Vollausschuß der Völkerbundsversammlung angenommen.

Auch die zweite Forderung, die von seiten der deutschen Delegation in bezug auf die politische Leitung des Völkerbundes gestellt wurde, daß nämlich der deutsche Untergeneralsekretär mit der Leitung der Finanz- und Wirtschaftsabteilung, statt wie bisher mit der Leitung der Abteilung für geistige Zusammenarbeit betraut werde, ist am Sonnabend abend im Haushaltsausschuß zugesagt worden. Das bedeutet ein Zugeständnis Italiens, das ebenfalls auf diesen Posten Anspruch erhoben hatte.

Spät abends am Sonnabend trat der Völkerbundsrat zusammen, ursprünglich mit der Absicht, nun endlich zur Wahl des neuen Generalsekretärs des Völkerbunds zu schreiten. Als Kandidat dafür ist der Franzose Avenol aufgestellt, der bisherige stellvertretende Generalsekretär. Die Wahl, die bisher nicht stattfinden konnte, da Deutschland seine Zustimmung versagte, solange seine Ansprüche für die Gestaltung der politischen Leitung des Völkerbundes nicht erfüllt waren, wurde auch dieses Mal wieder verschoben, und zwar auf Grund eines deutschen und norwegischen Antrags, wonach erst die Zustimmung der Völkerbundsversammlung zu der Neuregelung der politischen Leitung vorliegen solle, ehe die Wahl erfolgen könne.

Der Völkerbundsrat einigte sich also nur provisorisch auf die Kandidatur Avenols und beschloß, am Montag abend zu der eigentlichen Wahl des Generalsekretärs zusammenzutreten.

Litwinow über die russisch-rumänischen Verhandlungen.

Der russische Außenkommissar Litwinow gab am Sonnabend vor der Presse in Moskau Erklärungen ab über den Stand der russisch-rumänischen Verhandlungen. Er betonte dabei, das von russischer Seite von Anfang an kein Zweifel darüber gelassen worden sei, daß eine Anerkennung Bessarabiens als eines rumänischen Staatsgebiets für Rußland auf keinen Fall in Frage komme. Trotzdem sei es in Warschau gelungen, zwischen dem russischen diplomatischen Vertreter und dem rumänischen Gesandten einen Entwurf für einen Nichtangriffspakt zustandezubringen, von dem der rumänische Gesandte betont habe, daß die rumänische Regierung ihn annehmen werde. Das sei dann aber doch nicht geschehen. Die Schuld an dem Scheitern der bisherigen Versuche treffe die rumänische Regierung.

Die Schweiz stellt Bedingungen an Österreich.

Der schweizerische Bundesrat hat sich mit der Frage beschäftigt, ob er sich an der internationalen Hilfsaktion für Oesterreich beteiligen soll. Er hat an die österreichische Regierung die Bedingung gestellt, daß die starke Konkurrenz der Vorarlberger Stickereien, unter der die Stickereien von St. Gallen leiden, aufhört. Dies ist eine der Forderungen, für die die Lohnsticker von St. Gallen in den Streik getreten sind. Die Schweizer Regierung verlangt von Oesterreich die Ratifizierung des Musterschutzabkommens, das die Nachahmung schweizerischer Muster in Oesterreich verbietet.

Sündenvergebung für gezahlte Kirchensteuern.

Die offizielle katholische Zeitschrift „Ecclesiastica" bringt einen Bericht über die Kirchensteuern in Chile. Dort ist seit einigen Jahren die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt worden; nun zahlt der Staat der Kirche keine Zuschüsse mehr, und die katholische Kirche ist infolgedessen auf die Erhebung von Kirchensteuern angewiesen, die sie vorher nicht nötig hatte. Bauern dürfen die Steuern in Naturalien zahlen. Die Sätze, die sich je nach der Ernte richten, sind lehrreich:

Bei einer Ernte von	Kirchensteuern
6 bis 50 Sack (1 Sack = 80 Kilo)	20 Kilo
50 bis 200 Sack	40 Kilo
200 bis 1000 Sack	80 Kilo
über 1000 Sack	160 Kilo.

Abgesehen davon, daß diese Tabelle nicht verrät, wie hoch die Steuern bei einer Ernte von 50, 200 oder 1000 Sack sind, zeigt sie, daß die Kirche den Besitzern großer Ernten gegenüber sehr zurückhaltend ist:

Bei einer Ernte von 6 Sack beträgt die Steuer 4⅓ Prozent der Ernte, bei einer Ernte von 1000 Sack oder auch von 2000 Sack ist sie auf 1/10 Prozent gesunken!

Der Bericht schließt mit der verlockenden Ankündigung: „Durch Entrichtung der betreffenden Steuersätze oder Naturalien werden die Gläubigen Mitglieder der Kultussteuervereinigung und haben Anteil an den Gnaden und Ablässen dieser Vereinigung. Diese geistlichen Vorteile bestehen darin, daß täglich eine heilige Messe für die lebenden und verstorbenen Mitglieder gelesen wird. Auch haben sie Anteil an den Ablässen, die der Heilige Vater auf Ansuchen der Bischöfe bewilligt hat."

Das verbrannte Kirchenlicht.

Der Lokalpräsident des vorjährigen Katholikentages in Nürnberg war Oberlandesgerichtspräsident Hahn. Er starb am 4. August 1932. Kurz darauf erschien in den „Münchner Neuesten Nachrichten" eine Traueranzeige des „Vereins für Feuerbestattung in München, e. V." Sie meldete den Tod des Mitglieds Hahn. Hahn wurde verbrannt. Dieser hohe richterliche Beamte und katholische Funktionär hatte, wie der „Bayerische Kurier" schmerzlich feststellt, ein „Doppelspiel" getrieben. Freidenker, die die wütenden Angriffe kennen, die gerade bayerische Bischöfe gegen die Feuerbestattung gerichtet haben, werden der katholischen Kirche diesen bösen Reinfall von Herzen gönnen.

Konfessionen im aufgelösten Reichstag — 175 konfessionslos!

M. H. Obwohl der Reichstag schon nach sehr kurzer Lebensdauer dem Machtspruch der Regierung wieder hat weichen müssen, ist es doch interessant zu wissen, wie in ihm die Abgeordneten nach ihrer Konfession verteilt waren. Am stärksten vertreten waren die evangelischen Abgeordneten, 237 waren es. Als zweitstärkste Gruppe folgen die als konfessionslos, dissidentisch oder Freidenker bezeichneten mit 175. Katholiken waren von den gewählten 607 Abgeordneten 147, während im vorherigen Reichstag von 577 Abgeordneten 143 katholisch waren. Daß 175 Abgeordnete im Reichstag konfessionslos waren, zeigt, wie wenig die Regierung Papen auch mit ihren kulturpolitischen Plänen auf „christlicher Grundlage" die Gesamtheit des deutschen Volkes hinter sich hat, für die zu handeln sie ständig vorgibt.

Die amtliche englische Denkschrift zur Wehrfrage ist gleichzeitig mit ihrer Veröffentlichung durch die englischen Botschafter in Rom und Berlin den dortigen Regierungen überreicht worden. Eine amtliche Stellungnahme der Berliner zuständigen Stellen liegt noch nicht vor, offenbar aber war die Note für sie eine unangenehme Ueberraschung.

Litwinow ist am Sonnabend auf seiner Reise nach Genf in Berlin eingetroffen und hat dabei Papen und Neurath einen Besuch abgestattet.

„Müssen Kinder fischen?"

H. Lt. Diese Frage stellt ein Leser der „Münchner Neuesten Nachrichten". Er berichtet erregt von sechsjährigen Kindern, die halbe oder ganze Würmer an Widerhaken aufspießen, kleine Fische vom Haken abreißen, langsam töten oder kiomenwund in eine alte Gießkanne werfen.

Auf diesen Artikel hin erzählt ein anderer Leser folgende Geschichte aus Pöngau: Ein Baurat, der dort in Ferien weilte und täglich fischte, trug einem elfjährigen Jungen auf, er möge ihm Heuschrecken als Fischköder fangen; er müsse ihnen die Springbeine ausreißen und die Tiere dann in eine Schachtel sperren. Als die Frau, die den Jungen in die Sommerfrische mitgenommen hatte, ihm dies auf das strengste untersagte, wurde der Baurat wütend und grüßte die Frau, die mit ihm in der gleichen Pension wohnte, von nun an nicht mehr.

Der zweite Einsender will offenbar zeigen: Es ist zwecklos, sich über Grausamkeiten der Kinder aufzuregen, wenn sie von den Erwachsenen dazu angeleitet werden. Richtig! Aber das in diesem Fall Entscheidende hat auch der zweite Einsender vergessen: Solange Kinder sehen, daß Erwachsene fischen, werden sie versuchen, diesen „Sport" mehr oder minder geschickt nachzumachen. Also heißt die Frage richtiger gestellt: Müssen Erwachsene fischen? Und hierauf antworten wir: Selbst wenn die Erwachsenen beim Fischen jede unnötige Quälerei vermeiden, sie haben kein Recht, unschuldige Tiere um des Genusses willen zu töten.

Ich konkurriere nicht mit dem Alkohol!

Der Wiener Arbeiterbildungsfachmann Luitpold Stern sprach in Berlin über das „Antlitz der Weltwirtschaft." Dabei erinnerte er an das Wort Viktor Adlers: „Der denkende Arbeiter trinkt nicht, der trinkende Arbeiter denkt nicht!" Er ließ es aber nicht bei dieser stillen Mahnung bewenden. Als er bald darauf einen Kellner mit Biergläsern durch den Saal gehen sah, brach er mitten in seinem Vortrag ab mit den Worten: „Ich rede nicht weiter, ehe diese Bierangelegenheit nicht erledigt ist; ich trete nicht mit dem Alkohol in Konkurrenz."

Nach Erledigung der „Bierangelegenheit": „Die Konterrevolution wird in Brauhäusern geboren — der Sozialismus niemals!" Und damit war er wieder beim Thema.

Bravo!

Der gestiefelte Ochse.

In Wald bei Plattling (Bayern) kam ein Landwirt, der seinen Ochsen wegen dessen empfindlichen Klauen nicht mehr einspannen konnte, auf die Idee, dem Tier Schuhe machen zu lassen. Dem Ochsen wurden also Schuhe angemessen, und tatsächlich kann er auf dem steinigsten Wege nun tadellos gehen und ist nicht wenig stolz auf seine Schuhe.

Klerikaler Vorstoß gegen Liga für Mutterschutz.

Die Polizei als Hüter der Sittlichkeit.

M. H. Die Ortsgruppe Neuß der Liga für Mutterschutz hatte für Sonnabend abend eine öffentliche Werbeveranstaltung angesetzt, in der Maria Hodann (Berlin) über das Thema sprechen sollte: „Die Tragödie des ungewollten Kindes.“ Obwohl es sich nicht um eine im eigentlichen Sinne politische Veranstaltung handelte, für die unbedingte Anmeldepflicht besteht, war sie sicherheitshalber schon lange vorher bei der Polizei angemeldet worden. Diese zögerte ihre Genehmigung von Tag zu Tag hinaus, belästigte den Vorsitzenden der Liga wieder und wieder mit Besuchen und Rückfragen, bis sie schließlich wenige Tage vor der Versammlung erklärte, die Versammlung dürfe zwar stattfinden, aber Frau Hodann dürfe nicht als Rednerin auftreten. Warum nicht? Gründe wurden zunächst gar nicht genannt! In dem später zugestellten schriftlichen Bescheid hieß es: „weil der Verdacht eines Vergehens gegen § 184 StGB begründet ist.“ *Worauf* sich dieser Verdacht gründete, darüber schwieg sich die Polizei aus. Eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten von Düsseldorf blieb zunächst drei Tage liegen; erst am Nachmittage des Versammlungstages kam der Entscheid, der offenbar von der Erwägung diktiert war: Wer sich beschwert, der muß erst recht eins ausgewischt erhalten, damit er sich das abgewöhnt! Wörtlich hieß es da: „Die Polizeiverwaltung in Neuß wird das mündlich ausgesprochene Verbot des Auftretens der Frau Hodann (Berlin) als Rednerin in der von Ihnen geplanten Werbeveranstaltung

ausdehnen auf das Verbot dieser Veranstaltung überhaupt.

Das Verbot der Veranstaltung ist begründet mit dem dringenden Verdacht, daß die von Ihnen geplante Veranstaltung Zwecken dient, die dem § 184 des StGB zuwiderlaufen und

welche das Sittlichkeitsgefühl der Neußer Bevölkerung in gröblicher Weise verletzen.“

Der genannte Paragraph verbietet die Anpreisung von „Gegenständen, die zu unzüchtigem Gebrauch bestimmt sind“; einzelne Verhütungsmittel werden in öffentlichen Versammlungen der Liga für Muttterschutz daher auch weder „angepriesen“ noch ausgestellt, da die deutsche Justiz sie tatsächlich zur „Unzucht“ rechnet. Darüber aber zu sprechen, daß es ungewollte Kinder gibt, welches Elend hier herrscht und daß Verhüten besser ist als Abtreiben, — das ist bisher durch kein Gesetz verboten! Und der Schutz des „Sittlichkeitsgefühles der Neußer Bevölkerung“? Nun, wer sich verletzt fühlt, der kann ja zu Hause bleiben! Außerdem haben bereits in vielen Orten des Rheinlands Versammlungen mit Maria Hodann als Rednerin über ähnliche Themen stattgefunden; von Beschwerden der Bevölkerung verlautet nichts!

In Wahrheit handelt es sich auch um etwas ganz anderes: das ließ sogar der Polizeidirektor von Neuß durchblicken, als er dem Liga-Vorsitzenden erklärte: „Ja, — in Berlin kann Frau Hodann ruhig sprechen, da sind die Leute schon aufgeklärter; aber hier in Neuß sind sie eben zu eng!“ „Sie“ — das sind die katholische Kirche und das Zentrum, denn die herrschen hier; die Pfarrer wollen nicht, daß die Bevölkerung sexuelle Aufklärung anderswo erhält als höchstens im Beichtstuhl. Darum muß die Polizei Organisationen wie die Liga für Mutterschutz in jeder Weise in der Arbeit hindern, ja geradezu schikanieren. Es hat in Neuß noch kaum eine öffentliche Veranstaltung der Liga gegeben, wo nicht im letzten Augenblick irgendwelche polizeilichen Schwierigkeiten gemacht worden wären! Sogar schon unter Berufung auf Gesetze aus dem Landrecht, die vor über 200 Jahren erlassen wurden! — Vor kurzem wurde

eine Nachtvorstellung der Liga, bei der ein — erlaubter — Film gegeben werden sollte, nicht genehmigt, mit dem Bemerken, Nachtvorstellungen klänge so ähnlich wie Nacktvorstellung, und das sei daher anstößig!

Leider wurde dieser Bescheid nur mündlich erteilt, so daß ein schriftliches Dokument von dieser Kulturschande nicht auf die Nachwelt überliefert werden kann!

Wieweit die Schikanen der Polizei gehen, zeigte die Polizeibehörde in Neuß diesmal besonders brutal: sie drohte an, daß sie auch jede *Mitgliederzusammenkunft* der Liga an diesem Sonnabend mit dem Polizeiknüppel verhindern werde. Dem Wirt des Lokals wurde verboten, selbst die Mitglieder der Liga in den Raum zu lassen. Die Leitung der Liga ließ sich aber nicht einschüchtern, da ein Recht zum Verbot einer Mitgliederversammlung keinesfalls besteht. Auch der Regierungspräsident hatte ein *solches* Verbot nicht ausgesprochen. Der Polizei wurde erklärt, daß eine Mitgliederversammlung in einem anderen Lokal stattfinden werde — und sie fand denn auch statt, ohne daß die Polizei ihre Drohung wahr machte.

Die Rede Maria Hodanns fand nach den Mitteilungen des Gauleiters Friesewinkel über die reaktionären Machenschaften der Neußer Behörden, die berechtigte Empörung auslösten, besonders guten Widerhall. In der Aussprache und in einer einstimmig angenommenen Resolution kam der Wille zum Ausdruck, diesen neuen Vorstoß der Kulturreaktion zu beantworten mit vermehrter Arbeit für die geistige Befreiung der Arbeiterschaft.

Besonders beschämend für die Arbeiterschaft an dieser Sache ist, daß ihre eignen Vertreter wieder einmal die ausführenden Organe der „Herzenswünsche“ der Priester waren. Der Polizei-Chef in Neuß, der das Auftreten Maria Hodanns verbot, gehört der SPD an, und der Regierungspräsident von Düsseldorf, der die ganze Versammlung untersagte, gleichfalls. Wer sich allerdings als SP-Vertreter unter Papen als Regierungspräsident noch gehalten hat, von dem steht sowieso fest, daß er sein Amt nicht gerade im Interesse der Arbeiterschaft verwaltet! — Auch die SP-Mitglieder in der Neußer Liga für Mutterschutz (die als parteipolitisch-neutrale Organisation Angehörige verschiedener Parteien sowie Parteilose umfaßt) lehnten diese „Genossen“ auf das Entschiedenste ab. Wer sich mit Kirche und Zentrum verbündet gegen die Bestrebungen der Arbeiterbewegung, darf in dieser keinen Platz haben!

Ebenso beschämend ist die andere Tatsache, daß selbst in diesem schwarzen Nest, wo die klerikalen Kreise jeden, auch den geringsten Fortschritt mit allen Mitteln bekämpfen, die klassenbewußten Arbeiter selber nicht einig sind, nicht einmal einig in der Arbeit für den Mutterschutz. Auch in Neuß hat die KP in einem häßlichen Bruderkrieg den „Einheitsverband“ von der Liga für Mutterschutz abgespalten und damit lediglich die Front der Arbeiter gegen die Kultur-Reaktion geschwächt.

Angesichts all dieser Tatsachen sind die Schlußworte des Gauleiters Friesewinkel besonders beherzigenswert, der alle aufforderte, daran mitzuarbeiten, daß Ehrlichkeit und brüderliche Solidarität wieder herrschend werden in der Arbeiterbewegung.

Wochenende des politischen Terrors.

Sieben Tote.

Am Freitag überfielen NS das Haus der Schweriner SP-Zeitung „Das freie Wort“, warfen die Fensterscheiben mit gefüllten Flaschen ein, demolierten eine Tür und einen Teil der Einrichtung.

In Altona wurde am Freitag ein Straßenbahnzug angehalten; die Insassen wurden zum Aussteigen gezwungen. Drei der Aussteigenden, und zwar NS, wurden verletzt, einer von ihnen durch einen Messerstich in den Rücken.

In dem vom Blutsonntag im Juli her bekannten Arbeiterviertel Altonas wurde am Freitag ein Reichsbannermann von Nazis durch einen Messerstich in den Arm und durch Schläge mit Schulterriemen so verletzt, daß er ins Krankenhaus geschafft wurde. Das Fenster eines Reichsbannerlokals wurde von einem SA-Mann zertrümmert.

In Dortmund wurden am Freitag abend zwei Kommunisten von NS schwer verletzt: Lungenstich, Rückenstich und schwere Kopfverletzungen. Nach Mitternacht wurde ein Arbeiter, der von einem Kommunisten begleitet wurde, von NS durch einen Schuß schwer verletzt. Im Anschluß an diesen Ueberfall nahm das Ueberfallkommando 21 Nazis fest. Diese Freitagsereignisse muß man beachten bei der folgenden Meldung vom

Sonntag in Dortmund: Am Vormittag durchzogen etwa 400 Nazis die Arbeiterviertel des Dortmunder Nordens und verteilten Flugblätter. Die Nazis sollen dann von Kommunisten angegriffen worden sein. Die Polizei trennte die Streitenden. Später erneute

Zusammenstöße zwischen NS-Zettelverteilern und Kommunisten, bei denen die Polizei schoß. Ein NS wurde getötet und eine unbeteiligte Frau hinter dem Fenster ihrer Wohnung erschossen. Außerdem zwölf Schwerverletzte, unter ihnen ein Polizeibeamter.

In Leipzig wurden am Sonntag abend drei NS bei einem Zusammenstoß zwischen Gästen eines Arbeiterheims und vorübergehenden **NS schwer verletzt. Einer ist inzwischen gestorben.**

In Berlin (Oldenburger Straße) brachte bei einem Zusammenstoß am Sonntag ein NS einem Kommunisten eine schwere Kopfverletzung bei. Vierzehn Personen, teils NS, einer Schlägerei ein „Eiserne Front“-Mann durch Koppelschläge von NS schwer verletzt. Sechs Festnahmen.

In Burg Stargard (Mecklenburg) wurden in der Nacht zum Sonntag Angehörige des sogenannten Freiwilligen Arbeitsdienstes von NS mit Messern und Schlagwerkzeugen bearbeitet.

Schießerei zwischen NS und SP in Wien.

Am Sonntag fand in Wien eine schwere Schießerei zwischen NS und Sozialdemokraten statt. Die Hugenbergsche Telegraphen-Union berichtet hierüber, daß Sozialdemokraten aus ihrem Arbeiterheim in der Tiefschütz-Gasse auf einen Trupp vorüberziehender SA-Leute schossen. Dabei wurden vier Personen getötet — darunter anscheinend drei NS — und dreißig Personen verletzt, von denen zwei wahrscheinlich nicht mehr zu retten sind. Die Polizei drang in das Arbeiterheim ein und beschlagnahmte 70 Gewehre und eine Anzahl von Pistolen. 60 Personen wurden verhaftet.

Aus einer nationalsozialistischen Darstellung der Vorfälle in Wien geht hervor, daß der angeblich von den Sozialdemokraten überfallene SA-Trupp durch die Polizei von einem nationalsozialistischen Demonstrationszuge abgesperrt worden sei. Daß die Polizei sich genötigt gesehen hat, schon vor der Schießerei gegen diese Gruppe einzuschreiten, macht die Nachricht, daß an dem Zusammenstoß lediglich die Sozialdemokraten schuld seien, nicht sehr glaubwürdig.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat einen Aufruf erlassen, in dem gesagt wird, daß zwar die Schuld die NS und die Polizei treffe, daß aber auch Provokateure die Hand im Spiele gehabt haben müßten.

Harzburger Front.

Am Freitag wurde der Redakteur der deutschnationalen „Kösliner Zeitung“ in seinem Büro vom Kösliner Kreisleiter der NSDAP und zwei anderen Nazis aufgesucht und wegen eines Berichtes über den Potsdamer Hitler-Jugendtag zur Rede gestellt. Mit den Worten: „Das ist meine Antwort“, schlug der Naziführer den Redakteur ins Gesicht. Die drei flohen dann. Bereits am Mittag fand eine Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht in Köslin statt, in der Nazi-Kreisleiter Binder zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde (nach § 12 der Notverordnung vom 14. Juni).

Am Sonnabend mittag drangen Nazis in ein „Stahlhelm“-Lokal in der Eldenaerstraße in Berlin ein, schlugen auf die Stahlhelmer ein und demolierten einen Teil der Einrichtung. Sieben Nazis wurden festgenommen.

BRUNO GLUCHOWSKI

HOHLEN-KULIS

REVOLTE AN DER RUHR (5)

COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 15

Langsam kriecht er wieder nach unten, seine Verzweiflung weicht stumpfer Gleichgültigkeit. Mit welcher Hoffnung ist er hier heraufgeklettert. Und nun? Ueber die Wagen kriechend schaut er zurück auf das trügerische Loch, das ihm eine Rettungsmöglichkeit vorgegaukelt hat. An der Bruchstelle setzt er sich auf einen dicken Stein, starrt mutlos und niedergeschlagen auf den hochgetürmten Steinhaufen.

Brennender Durst quält ihn. Kein Tropfen Wasser oder Kaffee, mit dem man die trockene Kehle nässen könnte. Im Magen ein nagendes Hungergefühl, aber Steine kann man nicht essen.

Seine Gedanken fliegen hinaus aus seinem einsamen Gefängnis unter der Erde. Eine 700 Meter dicke Steinschicht ist der Deckel zu dem Sarge, in dem er lebend eingeschlossen ist. Hier unten kommt es ihm erst so recht zum Bewußtsein, wie schön es dort oben ist, wo man den blauen Himmel über sich hat und reine Luft atmet. Grüne Wälder, blühende Gärten, fruchtschwere Felder, lachende Sonne, singende Vögel, fröhliche Menschen; das alles gibt es dort oben. Und hier unten?

Qualvolles Sehnen zieht durch sein Herz. Noch einmal dort oben sein, und wenn es nur zum Abschied wäre.

Sein Blut droht zu erstarren, wenn er daran denkt, daß er langsam einem jammervollen Tode entgegengeht.

Lebendig begraben, — — — abgeschnitten von allen Menschen, — — — von jeglicher Hilfe.

Die Lampe verlöscht er, um sich das Licht für die letzten Stunden aufzusparen. Apathisch ergibt er sich in sein Schicksal, schließt die Augen.

Nun ist es dunkel, — — — vor seinen Augen, — — — vor seiner Seele.

Wie das Hangende hereinbricht, springt der alte Andreas instinktiv zurück, sieht Günther fallen, hört nichts mehr außer dem furchtbaren Krachen, Knacken und Bersten. Eisiger Schreck durchfährt ihn; der junge Kumpel ist verunglückt, bei seiner ersten Schicht. Und er, der alte Andreas, Hauer mit den bergmännischen Erfahrungen eines ganzen Lebens, hat es nicht verhindern können.

„Bruch — — — Bruch!“ schreit er schon von weitem den herbeieilenden Kumpels entgegen. „Mein neuer Kumpel liegt drunter.“

Einige sind mit Butterbrot und Kaffeepulle herbeigelaufen gekommen, so wie sie vom Buttern aufgesprungen sind. Ein Schlepper wird fortgeschickt, um den Steiger zu holen, das Luftventil abgedreht. Nur langsam verzischt die Luft aus den Rohren. Plötzlich wieder ein Krachen, herabstürzende Steinmassen, zusammenbrechende Hölzer. Die Kumpels laufen ein Stück zurück, um sich in Sicherheit zu bringen.

Langsam wird es still — — totenstill.

Einer schaut den anderen an, Schreck und Erstarrung in den Zügen.

Der Tod geht um, der schwarze, der unerbittliche, der heimtückische, der Grubentod!

Langsam und vorsichtig kommen die Kumpels wieder an die Bruchstelle, stehen vor der riesigen Steinpyramide, beratschlagen, was nun zu tun sei. Mit aller Lungenkraft schreien sie: Hal—loo0 — Kum—pel — — — hal—loooooo0!

Es kommt keine Antwort.

Steiger Raffel eilt vom Bremsberg heran, schreit den Alten an:

„Was ist los, Kovacik, wie ist das gekommen? Liegt Gerling unterm Bruch?

„Steiger, wir haben Stempel abgeschnitten. Unter Kappe war Notstempel drunter, alles vorschriftsmäßig gesichert. Auf einmal fällt Bruch, schmeißt alles um. Ich ruf noch Kumpel zu, soll weglaufen, aber Kumpel fallt hin und Steine auf ihm drauf. Ich konnt nix helfen.“

Der alte Slowak wendet sich um, damit niemand seine Bewegung sieht.

„Herrgott von Bielefeld“, flucht der Steiger. „Und das auch noch ausgerechnet auf meiner Schicht. Klopft mal am Rohr, vielleicht hat er sich doch noch retten können.“

Wuchtig schlägt Andrees mit einer dicken Hacke gegen das Rohr, horcht dann.

Keine Antwort.

Er klopft noch einmal, wieder mit demselben negativen Erfolg. Der Steiger winkt ihm ab.

„Hör mal auf, Kovacik, der soll wohl nichts mehr hören. Jetzt alle Mann rann. Vier Mann Steine laden, vier Mann Ablösung. Schäfer und Strelitz, Ihr bringt die Vollen weg und schafft Leere ran. Sieberg und Komerowski Holz holen, aber ein bißchen fix.“

Die Kumpels begeben sich an die ihnen zugewiesene Arbeit, der Steiger zieht Jacke und Weste aus, legt selbst mit Hand an.

„Gottverdammich“, sagt er in einer Atempause zu Andrees, „macht der Kerl die erste Schicht und wird gleich verkröppt. Das wird ein nettes Theater geben.“

„Kann ich doch nix für, Steiger“, entschuldigt sich der Alte. „Haben so vorsichtig gearbeitet, aber Bruch hat alles zuschanden geschmissen.“

„Na ja, is schon gut, Kovacik, glaub's gerne. Wenn der verfluchte Berg anfängt, zu rumoren, sind wir Menschen machtlos.“

Die vier Kumpels an dem Steinhaufen arbeiten in wahnsinnigem Tempo. Wagen um Wagen wird vollgeladen, in hohem Bogen fliegen die Schippen durch die Luft. Polternd fällt ihr Inhalt gegen die Eisenwände der Wagen. Schweiß rinnt in kleinen Bächen von den dampfenden Leibern, frißt weiße Rillen in die kohlenstaubgeschwärzte Haut.

„Ab—lö—sung!“

Vier Kumpels lassen die Schippen fahren, taumeln zu den Kisten, erfrischen sich mit einem Schluck kalten Kaffee.

Vier andere nehmen ihre Stellen ein, unter ihnen Andrees. Er arbeitet wie ein Besessener, schlägt mit dem dicken Hammer die dicksten Steine entzwei, daß es nur so kracht.

(Fortsetzung folgt.)

Zum Streik im Kabelwerk Duisburg.

W. Sch. Duisburg, 17. Oktober.

Die Direktion hatte in einer Belegschaftsversammlung verkündet, daß ab 14. Oktober die Werkstore für alle mit dem 20-prozentigen Lohnabbau einverstandenen Arbeitswilligen geöffnet seien. Dieser Aufforderung zum Streikbruch wurde nicht Folge geleistet, vielmehr wurde einstimmig beschlossen, weiterzustreiken. Auch nachdem die Direktion vom Arbeitsamt Erwerbslose angefordert hatte, die früher schon auf dem Werk gearbeitet haben, meldete sich niemand!

Allerdings haben sich dann etwa 20 „Stahlhelmer" unter entsprechendem Polizeischutz als Streikbrecher eingefunden!

Der Arbeitgeber-Syndikus hatte gegen den Betriebsrat eine einstweilige Verfügung erwirkt und wollte denselben für den Streik verantwortlich machen. Der Betriebsrat hatte aber nicht zum Streik aufgefordert. Die Streikleitung besteht unabhängig vom Betriebsrat. Das Arbeitsgericht mußte die Bestrafung des Betriebsrates wieder zurücknehmen.

Unglaubliche Schandlöhne.

Man wird die Empörung der Belegschaft über die Maßnahmen der Werksleitung noch deutlicher verstehen, wenn man sich die Löhne ansieht, die hier gezahlt werden. Von der 300-köpfigen Belegschaft sind etwa 180 Frauen und Mädchen.

Der Bruttolohn einer vollwertigen, 21jährigen Arbeiterin beträgt 41,8 Pfennige. –

Hiervon erhält	die 20jährige	Arbeiterin	90 %
	die 19 „	„	80 „
	die 18 „	„	70 „
	die 17 „	„	55 „
	die 16 „	„	45 „
	die 15 „	„	35 „
	die 14 „	„	25 „

Der gelernte, vollwertige 21-jährige Handwerker erhält 77 Pfennige, der gleichwertige Hilfsarbeiter 60 Pfennige. Die angegebene Staffelung findet auch auf die Hilfsarbeiter Anwendung.

Die Tatsache, daß die Kabelindustrie fast nicht kartelliert ist, daß also die Konkurrenz der Werke untereinander gewisse Vorteile für die Arbeiterschaft bietet, läßt die Aussicht auf Erfolg des Streikes günstig erscheinen.

Die Furcht vor dem Kampf.

E. K. Dem Textilarbeiter-Verband ist es nach langen Verhandlungen mit den Textilindustriellen des Bezirks Niederelbe gelungen, durch Tarifabschluß die Anwendung der Notverordnung auszuschalten. Auf Grund der Notverordnung wollten die einzelnen Textilbetriebe einen Lohnabzug in Höhe von 5 bis 11 Prozent vornehmen.

Dagegen wurde von den Textilarbeitern Sturm gelaufen. In den darauf folgenden Verhandlungen der Tarifparteien (der Tarifvertrag war am 30. September abgelaufen), einigte man sich auf eine Herabsetzung des Lohnes im Durchschnitt um 4 Prozent für die Frauen und um 3,7 Prozent für die Männer. Gleichzeitig wurde vereinbart, daß die Neuregelung der Tariflöhne, die durch die Notverordnung vorgeschrieben ist, durch dieses Abkommen erfüllt sei. Während der Laufdauer des neuen Tarifvertrages, also bis Ende Februar 1933, dürfen die Unternehmer keinen Lohnabzug mehr vornehmen, auch wenn sie auf Grund der Notverordnung infolge Mehreinstellung dazu berechtigt wären. Ferner wurden die Akkordlöhne erhöht und eine neue Gruppe der 20—23jährigen geschaffen, deren Stundenlohn dadurch um 5 Pfennig höher liegt als bisher.

Ob durch diese Regelung die Textilarbeiter günstiger abschneiden als durch Einzelkämpfe der Betriebe, ist zweifelhaft. Denn bis jetzt sind fast alle Einzelkämpfe günstig verlaufen. Diejenigen Textilarbeiter, die bereits durch Kämpfe einen Lohnabbau verhindert haben, stehen sich nach diesem Abkommen auf jeden Fall schlechter. Der Textilarbeiter-Verband ist zwar der Meinung, daß „in Anbetracht der Verhältnisse das neue Lohnabkommen als annehmbar zu betrachten" sei; der Grund für diese Meinung scheint aber zu sein, daß die Gewerkschaft sich vor den Einzelkämpfen scheut.

Gewerkschaftsvertreter protestieren beim Reichsarbeitsminister.

Am Sonnabend fand im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit Vertretern der Gewerkschaften statt über die von der Papen-Regierung vorgesehenen „Milderungen der Vorschriften über Sozialversicherung in den Notverordnungen".

Wie geringfügig diese Milderungen sind, geht daraus hervor, daß die Regierung für diese Zwecke ganze 50 Millionen Mark bereitstellen will, während die Gesamtsumme der Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung durch die Notverordnung um eine halbe Milliarde gekürzt worden ist!

Der Härtenausgleich in der Arbeitslosenunterstützung besteht darin, daß die Arbeitslosenunterstützungsempfänger, die den untersten sechs Lohnklassen angehören, gewisse Zuschläge zur Unterstützung erhalten sollen. Bei mindestens einem zuschlagsberechtigten Angehörigen soll der Hauptunterstützungsempfänger zwei Mark, bei mindestens drei Angehörigen drei Mark und bei mehr als vier Angehörigen vier Mark als Zuschlag zur Unterstützung erhalten. Außerdem sollen die schlimmsten Härten, die sich durch die Einführung des Ortsklassensystems in der Arbeitslosenversicherung ergeben haben, gemildert werden.

Die Gewerkschaften betonten in der Besprechung, daß

infolge der sogenannten Bedürftigkeitsprüfung in der üblichen Anwendung auch diese geringfügigen Verbesserungen nur einem Bruchteil der Unterstützten zu gute kommen

und also nur auf dem Papier stehen würden. Gleichzeitig soll jedoch

eine wesentliche Verschlechterung der Kündigungsvorschriften

durchgeführt werden durch Außerkraftsetzung des § 84, Absatz 4, des Betriebsrätegesetzes! Es handelt sich hier um den Paragraphen über die Ausschaltung unbilliger Härten, der unter anderem einen Kündigungsschutz für die langfristig Beschäftigten enthält. Die Regierung begründet diese Maßnahme damit, daß auf diese Weise eine bessere Auswechselungsmöglichkeit zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen bestehe. Auch hier also wieder ein Versuch, die Arbeitslosen und die noch Beschäftigten gegen einander auszuspielen!

Die Kirche als private Vereinigung.

Der Gesetzentwurf über die spanischen Religionsgesellschaften.

Der spanische Justizminister legte dem Parlament den Gesetzentwurf über die Regelung der Beziehung zwischen dem Staat und den Religionsgesellschaften vor. Der Entwurf garantiert vollkommene Gewissenfreiheit und freie Ausübung der einzelnen Religionen in den Gotteshäusern. Religiöse Kundgebungen außerhalb der Gotteshäuser bedürfen der behördlichen Genehmigung. Alle amtierenden Geistlichen müssen die spanische Staatszugehörigkeit besitzen. Sämtliche für den katholischen Kultus bestimmte Gotteshäuser, Bischofssitze, Seminarien, Klöster und sonstige Gebäude mit allen für die Ausübung des Kultus notwendigen Einrichtungen werden zum Eigentum der Nation erklärt, jedoch der Kirche für ihre religiösen Zwecke zur Verfügung gestellt. Eigenbesitz dürfen die Religionsgesellschaften künftig nur zu rein religiösen Zwecken und auch nur im Rahmen des unbedingt Notwendigen erwerben.

Die Religionsgesellschaften dürfen sich politisch nicht betätigen. Erteilung von Unterricht ist ihnen verboten, ebenso die direkte und indirekte Betreibung von Handel, Industrie und Landwirtschaft. Angehörige von Religionsgesellschaften, die diese verlassen wollen, genießen den Schutz des Staates.

*

Ein ordentliches Dokument, das die Kirche auf diejenigen Gebiete und Kräfte beschränkt, die sie selber offiziell für ihre wichtigsten Aufgaben und Kraftquellen ausgibt: auf die Feier ihrer Sakramente und die Verkündung ihrer Botschaft. Bei einer Gesetzgebung wie der hier vorgeschlagenen muß es sich erweisen, wieviel von der Machtstellung der Kirche diesen religiösen Faktoren zuzuschreiben ist, und wieviel dem politischen und wirtschaftlichen Einfluß, den sie sich gesichert hat, sowie ihrer Herrschaft über die Schule.

*

Wir zweifeln nicht, daß die Kirche bei dieser Beschränkung nur auf schwachen Füßen steht.

Erfolg der Belfaster Unruhen.

Die Erwerbslosendemonstrationen in Belfast haben bewirkt, daß die Unterstützungssätze für die Wohlfahrtserwerbslosen erhöht worden sind, und zwar in einzelnen Fällen bis zu 50 Prozent.

Für Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter.

Bekanntlich versuchen die französischen Behörden, die Zahl der Erwerbslosen dadurch zu verringern, daß sie ausländische Arbeiter aus Frankreich abschieben oder sie von ihrer Arbeitsstelle verdrängen. Gegen diese Benachteiligung der nicht-französischen Arbeiter protestiert der nordfranzösische Bergarbeiterverband in einer Resolution, in der gefordert wird, daß die nicht-französischen Arbeiter die gleichen Rechte haben müßten, wie ihre französischen Kollegen.

Beamtenrätewahlen bei der Reichsbahn.

Sie haben dieser Tage stattgefunden. Wahlbeteiligung: 88 Prozent. Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen: 264 912. Im einzelnen erhielten:

der freigewerkschaftliche Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands	41 488	Stimmen;
die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer	46 804	„
die christliche Eisenbahnergewerkschaft gemeinsam mit der Gewerkschaft der technischen Eisenbahnbeamten	59 302	„
der „neutrale" Zentralgewerkschaftsbund Deutscher Reichsbahnbeamten und Anwärter	76 656	„
die nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft	41 662	„

Urwaldkämpfe zwischen Polizei und Negern.

Auf der Philippinen-Insel Jolo umzingelten 60 Polizisten unter amerikanischer Führung den Aufenthaltsort des Moro-Stammes, der sich im Urwald befand. Mitglieder des Moro-Stammes haben angeblich kürzlich 24 Polizeibeamte aus dem Hinterhalt erschossen. Der Kampf, der sich im Urwald zwischen der Polizei und dem Moro-Stamm entwickelte, dauerte acht Stunden lang. Er wurde besonders dadurch verschärft, daß während dieser Zeit ein Erdbeben stattfand. Auf seiten der Polizei wurde ein Mann, auf der anderen Seite zehn getötet.

Moabiter Anschauungsunterricht.

Unsere Justiz brauchte noch nie über Arbeitsmangel zu klagen. Der am Moabiter Kriminalgericht in Berlin am meisten beschäftigte Richter ist der Einzelrichter. Stunde für Stunde rollt das laufende Band seiner Prozesse, mancher dauert nicht einmal eine Viertelstunde. Daß bei dieser Massenabfertigung mitunter etwas sonderbare Urteile gefällt werden, ist selbstverständlich. Hier zwei Beispiele:

Ein unehrlicher „Finder".

Der arbeitslose Maler A. ist angeklagt, seiner in dürftigen Verhältnissen lebenden Zimmervermieterin 40 Mark gestohlen zu haben. Der junge Täter, der einen ungünstigen Eindruck macht, läßt den Richter kaum zu Wort kommen. Er bestreitet den Diebstahl und versteigt sich zu der unglaublichen Ausrede, die 40 Mark habe er in seinem Zimmer auf dem Fußboden gefunden.

A. wurde zu 2 Wochen Gefängnis unter Zubilligung einer dreijährigen Bewährungsfrist verurteilt.

Kohlendiebe aus Not.

Im nächsten Falle haben sich die erwerbslosen Arbeiter K., L. und F. wegen Gelegenheitsdiebstahls zu verantworten. Sie hatten im Sommer auf dem Anhalter Güterbahnhof zu tun. Dabei bemerkten sie eine Anzahl Kohlenwaggons, die unbeaufsichtigt auf dem Gleis standen. Sie beschlossen, sich für den Winter einzudecken, und kamen nach Eintritt der Dunkelheit mit einem Wagen wieder, den sie mit Kohlen füllten. Auf dem Rückwege lief ihnen ein Bahnbeamter über den Weg und ließ sie festnehmen.

Die Angeklagten sind geständig und entschuldigen den Diebstahl mit ihrer Notlage. Daß sie nicht zu den Schlechtesten gehören, geht daraus hervor, daß sie dem Inhaber der Kohlenwaggons die damals entwendeten Kohlen inzwischen auf Heller und Pfennig bezahlt haben.

Obwohl in diesem Falle wirklich etwas mehr Milde angebracht schien, verurteilte das Gericht

K. zu 4 Monaten und L. und T. zu je einem Monat Gefängnis.

— Pit.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH. Berlin SO 36 Elisabethufer 28/29.

Erstklassige Maßarbeit
Herren- Anzüge Mäntel
Damen- Mäntel Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
Johannisbergstr. 10, III.
Stoffmuster vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5 % Rabatt!

Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit Klebemarken mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebemarken noch heute bei der
Buchdruckerei Oscar Wettin, Gelnhausen, Hessen-N.
Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Nachnahmegebühr.

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto nur 2,20 RM.
Frei Haus gegen Voreinsendung auf Postscheck Magdeburg 179 24.
Frischkost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guericke-straße 104.

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987
Ab 15. Oktober: René Clair:
Es lebe die Freiheit
Ein französischer Tonfilm mit Ideen, Geist und Witz, voll Spannung, Tempo, Humor.
Beiprogramm:
Exotische Wunder-Vogelwelt / Micky-Silly, ein Mitternachtsspuk / Fox tönende Wochenschau.
Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr.

Gandhis Hungerstreik siegreich beendet!

Das Nachgeben der englischen Regierung in der Frage des Wahlsystems zeigt die Macht Gandhis und seiner Anhänger. Der neue Feldzug Gandhis gegen die „Unberührbarkeit" der Parias lenkt wiederum das Interesse auf die Lage des indischen Volkes.

Wer wissen will, wie es in Indien heute aussieht, der lese:

Indien in der Zange.

Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes.

Von Karl Hinkel.

Mit einer Karte und 9 Bildern 7. Brosch. 3,— M., Ganzl. 4,— M.

Aus den Presseurteilen:

„Gerade jetzt, wo Indien so sehr im Vordergrund steht, kommt dieses Buch im rechten Augenblick. Es ist hauptsächlich für denjenigen bestimmt, der etwas über die wirtschaftlichen Bedingungen in Indien wissen will, sie mit den Zuständen in anderen Ländern vergleichen will, um eine Vorstellung zu bekommen von den Ursachen der großen Armut Indiens und der Rolle, die England dabei gespielt hat. Es ist ein gutgeschriebenes Buch . . .!"

„New India", Calcutta, 1. September 1932.

„Die Bucherscheinungen des Verlages „Oeffentliches Leben" zeichnen sich in ihrer Materialsammlung allesamt durch zuverlässige Genauigkeit und klare Disposition des Stoffes aus. Alle Quellenangaben und Literaturhinweise sind stets umfänglich, alle Behauptungen auf ihre Haltbarkeit mehrfach geprüft und gewissenhaft eingeschränkt, wo es notwendig ist. Diese Vorzüge machen auch das vorliegende Buch zu einer hervorragenden Informationsquelle über die gegenwärtige Situation in Indien und über die wirtschaftlichen und politischen Theorien Gandhis, mit dem selbst und dessen Schülern der Verfasser ausführliche Gespräche hatte."

„Der Volkslehrer", Nr. 29, vom 7. August 1932.

Verlag „Oeffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Postscheckkonto Berlin 313 42.

Die Solidarität der Landgerichtsdirektoren.

Rechtsanwalt Litten

ist zum zweiten Mal von der Verteidigung im Prozeß Felsenecke ausgeschlossen worden. Der Prozeß soll in zweiter Auflage am Montag ohne Litten beginnen.

Landgerichtsdirektor Bode hatte bereits Litten von der Verteidigung auszuschließen versucht. Das Kammergericht gab damals der Beschwerde Littens statt, worauf Bode den Vorsitz im Prozeß niederlegte und so der Prozeß aufflog. Der neue Angriff gegen Litten ging vom Staatsanwaltschaftsrat Stenig aus. Dessen Anregung folgte das Schwurgericht beim Landgericht III in Berlin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Böhmert, der in Zukunft den Felsenecke-Prozeß leitet. Das Gericht begründet den Ausschluß damit, daß Litten „einen Angeklagten der Gegenseite in unzulässiger Weise beeinflußt und versucht habe, durch einen Zeitungsartikel auf Zeugen einseitig Einfluß zu nehmen".

Der Haß der Staatsanwälte gegen Litten ist uns verständlich; er spricht aber nicht gegen Litten. Der Erfolg, den Litten neulich mit dem Freispruch der neun Charlottenburger Arbeiter erzielt hat, die Riesenblamage des Staatsanwalts in jenem Prozeß, ist großenteils dem Fleiß zu verdanken, mit dem Litten das nachgeholt, was die Ermittlungsinstanzen vernachlässigten oder einseitig besorgten:

er sucht selber nach Zeugen, um erst Licht in die Sache zu bringen, die durch die meist nationalsozialistischen Zeugen der Staatsanwaltschaft verdunkelt worden war.

Wenn das Gericht bei dem jetzigen Ausschluß Littens „davon ausgeht, daß der Verteidiger nicht der Wahrheitsfindung hindernd in den Weg treten dürfe", so ist gegenüber dieser Beschimpfung auf Grund der Erfahrungen des Charlottenburger Totschlagsprozesses dazu zweierlei festzustellen: 1. auch der Staatsanwalt „darf der Wahrheitsfindung nicht hindernd in den Weg treten", indem er z. B. den Spuren einseitig nachgeht; 2. Litten hat in jenem Prozeß zur Wahrheitsfindung erheblich mehr beigetragen als der Staatsanwalt.

Kriegsopfer-Zeitung verboten.

Der Berliner Polizeipräsident hat die „Monatszeitung des Allgemeinen Verbandes der Kriegs- und Arbeitsopfer Deutschlands" auf sechs Monate (Höchstdauer!) verboten aus Gründen, die nicht angegeben werden dürfen. Man kennt sie ohnedies: verschärft betonen die heutigen Machthaber seit einiger Zeit, was sie von vergangenen Kriegsopfern auf keinen Fall hören wollen.

Der Briefträger kommt

in diesen Tagen, um das Bezugsgeld für November zu kassieren. Wenn Sie es bereithalten, ersparen Sie sich und uns unnötige Arbeit.

Die „Rote Fahne" ist am Sonntag wieder erschienen. Aus ihrer Nummer (187 statt der normalen 245) ist zu entnehmen, daß sie bisher an 23 Prozent der Tage des Jahres 1932, an denen sie hätte erscheinen sollen, verboten war. Während der letzten Monate war dieser Prozentsatz wesentlich höher. Auf den 18 Textseiten dieser Sonntagsnummer steht leider kein Wort über die aufregenden Vorgänge, die sich soeben in Rußland abspielten und mit dem Ausschluß Sinowjews, Kamenews und anderer ehemals führender Bolschewiki aus der Kommunistischen Partei Rußlands verknüpft waren.

Wahlreden am Sonntag.

Hugenberg in Berlin.

Auf der sozialpolitischen Tagung der Deutschnationalen Volkspartei am Sonntag verkündete Hugenberg, es sei jetzt an der Zeit, an einen weltgeschichtlichen Akt heranzutreten: die Wiederversöhnung von Kapital und Arbeit, die Entproletarisierung des Arbeiters.

Was Hugenberg will, wird deutlicher aus der Behauptung, die Redensart vom unüberwindlichen Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter sei teils Ergebnis vorübergehender Zuspitzungen, teils Einbildung! Sein Ueberwindungsrezept: In jedem Gewerbe eine Gewerkschaft, die den Zweck hat, „den Arbeitnehmer mit dem Unternehmer zu verbinden".

Kein neuer Gedanke. Das hat Hugenberg auch nicht nötig.

Papen in Paderborn.

Am Anfang von Papens Rede vor den Vereinigten Wirtschaftsverbänden Paderborns wieder das sentimentale Bekenntnis zur westfälischen Heimat, die er immer wieder aufsuche, um aus ihrer Berührung Kraft und Mut zu schöpfen. Auch im übrigen nichts Neues: Währung und Kredit nicht aufs Spiel setzen, keine von oben her geleitete Wirtschaft u. s. w.

Einige Worte über die Weltwirtschaftskonferenz, die für den Vater des Papen-Planes natürlich wichtig ist, weil von der Besserung der Weltkonjunktur der Erfolg der deutschen Belebungsversuche abhängt.

Stürmische Zustimmung erhielt Papen, als er fragte, wie lange Deutschland noch auf die Vernunft seiner Parteien warten wolle, nachdem dies 13 Jahre lang vergeblich gewesen sei. Wer ein Zurück fordere, der fordere das schlimmste Experiment, das heute gemacht werden könnte. Es sei vielmehr nötig, daß wir uns rasch für eine neue bessere Form der Staatsführung entschließen. Der Kanzler zitierte in diesem Zusammenhang Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Prälaten Dr. Schreiber, die dieser vor einem halben Jahre gemacht habe und in denen er darauf hingewiesen hat, daß

der Staat auch jenseits der parlamentarischen Regierungsform in Notzeiten ein Existenzrecht in sich besitzt.

Papen fährt fort: Wenn das Parlament in der Aufgabe des Neubaus des Reiches versagen sollte, dann werden wir mit Dr. Schreiber und vermutlich mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes die Ansicht vertreten, „daß der Staat auch jenseits der parlamentarischen Regierungsform Existenzrecht in sich besitzt".

„Unser Gebet: Mit Hindenburg für ein neues Deutschland." (Beifall.)

Und noch eine Papen-Rede.

Wie das auch sonst bei Wahlrednern üblich ist, halten sie am Sonntag zwei Reden. Papen sagte daher am Sonntag nachmittag in Dortmund ungefähr dasselbe wie am Vormittag in Paderborn.

Gegen Papen.

Stegerwald in Buer am 15. Oktober: „Die Regierung von Papen hat die Steuerscheine einseitig auf die Trumpfkarte ‚Wirtschaftsumschwung' gesetzt. Wenn aber diese Trumpfkarte nicht sticht, dann stehen wir in ganz kurzer Zeit vor einer Finanzkatastrophe ungeheuerlichen Ausmaßes. Darum muß alles Menschenmögliche geschehen, daß die Trumpfkarte ‚Wirtschaftsumschwung' sticht. Die Regierung von Papen hat aber das dafür Menschenmögliche nicht getan. Es liegen im Gegenteil eine Reihe großer außen- und innenpolitischer Fehler vor, die geeignet sind, daß die Karte ‚Wirtschaftsumschwung' sticht und dagegen kämpfen wir an."

•

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz nahm am 15. Oktober nochmals kritisch Stellung zu Papens Rede in München: „Es gehe nicht an, über unsere gegenwärtige wirtschaftliche Lage Betrachtungen anzustellen, ohne mit einem Wort auf den Stand der öffentlichen Finanzen einzugehen. Es fehle an einer einheitlichen Linie auf dem Gebiete der Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden. Bemängelt wird insbesondere, daß der Kanzler nichts darüber gesagt habe, wie das Reich mit seinen kurzfristigen Schuldverschreibungen fertig werden wolle.

Zu den Ausführungen des Kanzlers, daß im September 123 000 Arbeitslose neu eingestellt wurden, wird bemerkt: Wenn in absehbarer Zeit nicht mindestens die zehnfache Zahl gemeldet werden könne, sei dieser Teil der Notverordnung leider ein Fehlschlag geblieben."

Fraktion Mampe!

In der Bremer Bürgerschaft wurde

mit den Stimmen der Deutschnationalen

eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Kontingentierungs-Pläne der Papen-Regierung wendet.

Mit kühner Unverfrorenheit treiben die Deutschnationalen also wieder ihr bekanntes Drehscheibenspiel: Hugenberg spricht sich im Namen der Deutschnationalen Volkspartei für die Kontingentierungs-Maßnahmen aus; die Deutschnationalen sind die eigentlichen Treiber dieser Politik. In der Hansestadt Bremen, wo die Unsinnigkeit dieser Politik besonders kraß zutage tritt, wird — um die Wähler nicht vor den Kopf zu stoßen — gegen die Einfuhr-Kontingentierungen protestiert.

Echte deutsche Charakterköpfe!

Finanzquellen Hitlers.

Die Nazis und die Rüstungsindustrie.

Dem Hamburger „Echo der Woche" war auf Antrag Hitlers vom Landgericht in Hamburg verboten worden, weiter die Behauptung zu verbreiten, daß

die NSDAP durch die internationale Rüstungsindustrie finanziell unterstützt werde.

Im August wurde vom Landgericht dem „Echo der Woche" auferlegt, seine Behauptung glaubhaft zu machen. Das scheint dem „Echo" gelungen zu sein; denn das Landgericht hat jetzt auf Grund der vom „Echo der Woche" eingereichten Beweismittel das Verbot, jene Behauptung zu verbreiten, aufgehoben. Möglich, daß die Behauptung *heute* nicht mehr zutrifft — es hat sich ja einiges geändert.

Ein Opfer der SA-Feme wurde der SA-Mann Bennecke in Lutter am Barenberge, den seine Parteigenossen derart schwer verletzt hatten, daß er im Krankenhaus starb.

Zwei Todesurteile fällte das Schwurgericht in Saarbrücken, und zwar gegen Frau Linz und ihren Geliebten Klein, beide aus Omersheim. Die beiden hatten kurz vor Ostern den Ehemann Linz ermordet.

Sozialdemokratische Wahlpropaganda.

Löbe an Hindenburg.

Paul Löbe hat, angeregt durch Papens Verfassungspläne, einen offenen Brief an Hindenburg geschrieben. Löbe kann es sich nicht denken, daß Papen, wie er in München gesagt hat, zu seinen Plänen durch einen Auftrag Hindenburgs ermächtigt sei. Er wendet sich deshalb „an den gewählten Präsidenten der deutschen Republik, um Klarheit zu schaffen, ob er den Auftrag wirklich gegeben hat, den Reichstag in der geplanten Weise zu entrechten, die Volksrechte zu kürzen und damit eine Periode innerer Kämpfe einzuleiten ... .".

Zu den von Hindenburg geschaffenen Tatsachen gehört jedenfalls die, daß er den Reichstag zweimal nach Hause geschickt hat, weil er dem Willen von Hindenburg, Papen und Schleicher nicht mehr entsprach. Auch die Verordnung über die Absetzung der preußischen Regierung hat Hindenburg unterzeichnet. Was braucht Löbe noch, um Klarheit zu haben über Hindenburgs Kurs?

Am radikalsten klingen folgende Sätze aus Löbes Brief:

„Wird die deutsche Verfassung von den Regierenden oben nicht geachtet, dann sind die Staatsbürger unten zu ihrer Einhaltung nicht mehr verpflichtet. ... Freiheit und Gleichberechtigung wird das deutsche Volk auch im Innern zu schützen und zu verteidigen wissen."

„Wird ... nicht geachtet, dann sind ... !" Wartet Löbe noch immer auf diese Nichtachtung? Die Stoßkraft des Briefes wird noch herabgemindert durch die Anbiederung an die Adresse vor allem Schleichers: „auch im Innern" wird das deutsche Volk seine „Gleichberechtigung" verteidigen! Die Verteidigung der „Gleichberechtigung" nach außen ist für Löbe anscheinend selbstverständlich.

Der mutige Bremser.

Es war kein Held, der nicht fiel, 's war ein Opfer kommender Zeiten.

Der Reformismus in seiner widerwärtigsten Gestalt kam zum Ausdruck in einer Rede Severings am Sonntag in Dortmund. Ueber den 20. Juli wagte Severing zu sagen:

Es sei keine Phrase gewesen, wenn er gesagt habe, er weiche nur der Gewalt. Freiwillig hätte er nicht fahnenflüchtig werden dürfen, weil es auf jede getreue Schildwache der Republik ankam. Es wäre ein Leichtes gewesen, in jenen Tagen als republikanischer Heerführer zu glänzen, die Polizei gegen die Reichswehr aufzurufen und durch die Gewerkschaften den Generalstreik proklamieren zu lassen. Auf diesen billigen Ruhm habe er verzichtet, um den Bürgerkrieg zu vermeiden. In diesen Tagen habe mehr Mut dazu gehört, zu bremsen als loszuschlagen. Der Ausgang eines Kampfes zwischen der schlecht bewaffneten Polizei und der vorbildlichen Truppe der Reichswehr wäre unzweifelhaft gewesen. Ein Minister, der diesen Kampf gewagt hätte, würde einen Bürgerkrieg heraufbeschworen und ein Verbrechen am Volke begangen haben. Auch die Schlagkraft des politischen Kampfmittels der Gewerkschaften, des Generalstreiks, sei illusorisch, wenn

eine Reservearmee von 6 Millionen Arbeitslosen bereitstehe,

in die freiwerdenden Posten der Streikenden einzurücken.

Severings Ansichten über den Bürgerkrieg sind also die: Erst läßt man die Kapitalisten und ihre Helfershelfer so stark werden, daß ein Bürgerkrieg ziemlich aussichtslos ist, und dann verschanzt man sich hinter dieser Aussichtslosigkeit, und mimt den mutigen Bremser. — Im übrigen ist es natürlich keineswegs ausgemacht, was bei einem Bürgerkrieg herausgekommen wäre. Wenn Severing dessen Aussichten so falsch eingeschätzt hat wie er die eines Streiks noch jetzt,

nach Hunderten von gewonnenen Streiks,

falsch einschätzt, dann wäre der Widerstand gegen den Ministerabbau sehr aussichtsreich gewesen. Freilich hatten die Gewerkschaften vielleicht kein Interesse daran, solche Minister durch einen Generalstreik auf ihrem Posten zu halten. Nutzen konnten sie der Arbeiterschaft sowieso nicht bringen. Daß dieser Mann, der in seinem Leben immer mehr für das Bürgertum getan hat als für die Arbeiterschaft, in der SPD noch eine Rolle spielen kann, ist verwunderlich selbst bei dieser Partei, wo so wenig verwunderlich ist.

Die Verkirchlichung der SP.

In der Kreiskonferenz der SP in Hannoversch-Münden wurde beschlossen, in Zukunft in SP-Versammlungen

keine kommunistischen Diskussionsredner zuzulassen.

ISK-Genossen kamen in SP-Versammlungen schon lange nicht mehr zu Wort. Außerdem soll auf die SP-Anhänger eingewirkt werden, damit sie

keine KP-Versammlungen mehr besuchen.

Es fehlte nur noch die Anordnung von Pfropfen für die Ohren, die nur herausgenommen werden dürfen, wenn der SP-Pfaffe seine Predigt hält.

Sollten nachdenkliche SP-Genossen sich nicht doch gelegentlich fragen, warum ihre Parteileitung sie so ängstlich von den Aeußerungen anderer Sozialisten abzuschließen sucht?

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin-Südost: Mittwoch, den 19. Oktober, Berliner Klubhaus, Ohmstraße 2. Thema: Die Kriegsgefahr wächst! Gegen den Rüstungswahnsinn! Redner: Julius Philippson. Freie Aussprache. Eintritt frei!

Braunschweig: Dienstag, 18. Oktober, 20.15 Uhr, Gastwirtschaft „Niedersachsen", Südblint 8. Thema: Deutschland so oder so? Regierung der Barone — oder Arbeiterregierung?

Frankfurt: a. M. Mittwoch, 19. Oktober, 20.15 Uhr, Volksbildungsheim. Thema: Neue Wege des proletarischen Kampfes.

Köln-Dellbrück: Dienstag, 18. Oktober, 20.15 Uhr, Lokal Rinke, Berg.-Gladbacher Str. 1064. Thema: Freie Gewerkschaften oder RGO?

Raschau/Erzgeb.: Donnerstag, 20 Oktober, 20 Uhr, in der Sporthalle. Thema: Sollen Arbeiterorganisationen Arbeitsdienstlager einrichten?

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Eisenach!

Kundgebung gegen den Krieg.

Mittwoch, 19. Oktober, 20 Uhr, im großen „Engel"-Saal.

Aus dem Programm:

Musik — Rezitation.

„Anklage gegen den Krieg."

Spiel aus: „Im Westen nichts Neues".

„Gegen Krieg und Faschismus."

Rede von Maria Hodann (Berlin).

Eintritt: 20 Pfennige. / Erwerbslose gegen Ausweis frei!

Deutsche Liga für Menschenrechte.

Dienstag, 18. Oktober, 20 Uhr: Vortrag Hanns Erich Kaminski: „Aktion gegen die Papen-Notverordnung." Himburg's Bierhaus, Zimmerstraße 25.

Trotz alledem: deutsche Ausfuhr steigt.

Deutscher Außenhandel in Millionen Mark.

Monat M.-D.[1])	Insgesamt Einf.	Insgesamt Ausf.[2])	Insgesamt Saldo	Lebensmittel Einf.	Lebensmittel Ausf.[2])	Rohstoffe Einf.	Rohstoffe Ausf.[2])	Fertigwaren Einf.	Fertigwaren Ausf.[2])
1913	898	841	— 57	234	89	523	190	116	562
1927	1186	900	—286	361	37	599	217	212	644
1928	1167	1023	—144	349	52	602	229	204	740
1929	1121	1124	+ 3	319	58	600	244	189	819
1930	866	1003	+137	247	40	459	204	150	753
1931	560	800	+240	164	30	289	151	102	615
1932, I. Halbj.	398	498	+100	129	15	202	90	65	391
1931 Jan.	715	775	+ 60	217	27	374	170	116	575
1931 Febr	620	778	+158	172	24	331	160	113	591
1931 März	584	867	+283	171	29	297	172	111	662
1931 April	679	818	+139	192	33	367	160	115	620
1931 Mai	599	783	+184	171	30	311	154	113	593
1931 Juni	607	747	+140	167	25	322	150	114	566
1931 Juli	563	827	+265	167	31	287	151	106	641
1931 Aug.	454	803	+348	125	28	243	155	84	616
1931 Sept.	448	835	+387	131	32	228	153	85	646
1932 Jan.	440	542	+102	141	22	221	102	75	417
1932 Febr.	441	538	+ 97	133	16	230	97	76	424
1932 März	364	527	+163	113	16	188	93	60	417
1932 April	427	481	+ 54	143	15	220	88	62	372
1932 Mai	351	447	+ 96	116	12	176	78	57	356
1932 Juni	364	454	+ 90	128	11	176	80	58	362
1932 Juli	366	431	+ 65	129	12	179	79	56	339
1932 Aug.	332	428	+ 97	105	15	174	79	50	334
1932 Sept.	360	444	+ 84	107	22	194	81	55	340

[1]) Monats-Durchschnitte.
[2]) Einschließlich Reparationslieferungen.

Der Ausfuhrüberschuß ist von August auf September um 13 Millionen Mark auf 84 Millionen Mark gesunken. Rückgang: rund 13 Prozent.

Die Einfuhr ist gegenüber dem Vormonat um 28 Millionen Mark gestiegen. In diesem Monat machte sich zum ersten Mal die Preiserhöhung für Rohstoffe bemerkbar. Während die eingeführte Rohstoffmenge um 8 Prozent größer war als im Vormonat, war sie dem Werte nach um 11 Prozent größer. Da aber die Durchschnittswerte der eingeführten Lebensmittel und Fertigwaren um 3 Prozent gesunken sind, ist die September-Einfuhr im ganzen sowohl der Menge als dem Werte nach um 8,5 Prozent gestiegen.

Die Ausfuhr ist gegenüber dem Vormonat um 16 Millionen auf 444 Millionen Mark gestiegen. Fast ein Wunder! Mengenmäßig hat die Ausfuhr um 7,5 Prozent, wertmäßig jedoch nur um 3,5 Prozent zugenommen.

Den größten Anteil an der Steigerung hat die Weizenausfuhr, die um 7 Millionen Mark größer ist als im Vormonat.

Kein rühmlicher Erfolg der deutschen Handelspolitiker! Denn er ist erkauft mit hohen Weizenpreisen innerhalb Deutschlands.

•

In den ersten neun Monaten des Jahres 1932 ist der gesamte deutsche Außenhandel verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres wertmäßig um 38 Prozent zurückgegangen. Die absoluten Außenhandelsziffern lauten:

	1931 Januar/September	1932 Januar/September
	Millionen Mark	
Einfuhr	5269	3444
Ausfuhr	7233	4291
Ausfuhrüberschuß	1964	847

Eine starke Schrumpfung! Sie ist allerdings zu einem erheblichen Teil die Folge von Preissenkungen. So ist die Einfuhr in dieser Zeit dem Werte nach um 35 Prozent, der Menge nach um 12 Prozent gesunken; die Ausfuhr ging wertmäßig um 41, mengenmäßig um 30 Prozent zurück.

Der Ausfuhrüberschuß ist in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 57 Prozent niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Wenn Herr von Braun seine Kontingentierungsabsichten *durchsetzt*, wird diese Ziffer wahrscheinlich bereits am Ende des Jahres noch weit ungünstiger lauten. Die bisherigen *Versuche*, die Kontingentierungen durchzusetzen, haben übrigens bereits weitgehend dieselbe Wirkung gehabt, wie unsere Uebersicht zeigt, die wir überschreiben: „An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen." Eine deutsche Handelspolitik, die solche Früchte bringt, ist um so mehr zu verurteilen, als ja der Ausfuhrüberschuß bekanntlich dringend benötigt wird, um die deutsche Auslandsverschuldung zu verzinsen und abzutragen.

Bey.

An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen.

Wirkungen der Braun'schen Kontingentspolitik.

Die schwedische Handelskammer in London ordnete am 1. Oktober sechsmonatige Handelskurse an, um schwedischen Handelsstudenten Gelegenheit zu bieten, die in der Regel ungenügende Ausbildung für das schwedisch-englische Geschäft zu vervollkommnen.

Die Direktion des Londoner Hafens hat vor kurzem Stockholm besucht und die Stockholmer Hafenanlagen sowie die von Göteburg besichtigt, um die erforderlichen Vorbereitungen für einen intensiveren Direkt-Verkehr zwischen Schweden und England auszuarbeiten.

Die neue Fährschifflinie Schweden-England bezweckt eine systematische Erschließung des englischen Marktes für schwedische Fischereiprodukte. Die rationelle Kühleinrichtung der Schiffe ermöglicht einen erheblichen zusätzlichen Export sonstiger Agrarprodukte.

Die früher ausschließlich mit Deutschland bestehende Gewohnheit, schwedische und deutsche Kinder für Ferienaufenthalte auszutauschen, ist jetzt abgebrochen worden. Statt dessen findet ein solcher Austausch mit englischen Kindern statt. Offiziell wird der Ersatz der deutschen Sprache in der Schule durch die englische erwogen.

Eine große niederländische Fabrik hat die seit 35 Jahren bestehende Verbindung zu einer deutschen Fabrik von Reklameartikeln abgebrochen, obwohl diese nach wie vor der leistungsfähigste Lieferant der betreffenden Produkte ist.

Eine der größten italienischen Wollspinnereien, die pro Woche bis zum Juli zirka 4 Waggon Spinnereihalbfabrikate nach Deutschland geliefert hat und durch die Behinderungsmaßnahmen der deutschen Regierung von diesem Zeitpunkt ab dazu nicht mehr in der Lage war, hat ihren durch jahrelange Bemühungen deutscher Vertreter angebahnten und immer wieder neu erkämpften Bezug von Stahlnadeln aus Deutschland abgebrochen und der englischen Konkurrenz überlassen. Die unmittelbare Folge dieser Maßnahmen ist bei der betreffenden deutschen Lieferfirma die Entlassung zahlreicher Arbeitskräfte.

Der Export einer bedeutenden süddeutschen Elektrofirma nach Dänemark ist von 39 000 Mark im Jahre 1931 auf bislang 3000 Mark zurückgegangen. Die gleiche Firma konnte Aufträge tschechoslowakischer Firmen nicht ausführen, weil die Nationalbank als Gegenmaßnahme gegen die deutsche Handelspolitik die Devisengenehmigung verweigerte. Einen ähnlich scharfen Rückgang verzeichnet diese Firma in Holland, obwohl nach wie vor der Bedarf nach den betreffenden Produkten weiter besteht.

Der Holländische Brauerbund kauft von seinen deutschen Lieferanten, die bisher an erster Stelle standen, seit Mitte des Jahres grundsätzlich keinen Hopfen mehr und vergibt die Lieferungen weitgehend an die Tschechoslowakei.

(Nach: „Frankfurter Zeitung", Nr. 768 bis 769, vom 14. Oktober 1932.)

Aluminium, das teutsche Metall.

Nachdem der Autarkierummel der „Deutschen Wochen" vorüber ist, schlägt das Autarkie-Pflänzlein an anderen Stellen munter aus und gedenkt uns in der Zeit vom 14. bis 27. Oktober mit neuem Blütensegen zu überraschen.

In dieser Zeit sollen nämlich zur Förderung des Absatzes von Aluminiumwaren von den Eisenwarenhändlern, Haus- und Küchengeräte-Spezialgeschäften, den Waren- und Kaufhäusern besondere Veranstaltungen getroffen werden, in denen die Verwendungsmöglichkeiten von Aluminium im Haushalt gezeigt werden sollen. So weit wäre gegen diese Sache nichts einzuwenden, — es ist eben der Reklamefeldzug einer Spezialindustrie.

Aber hören wir die Begründung, mit der der Aluminiumkochtopf den deutschen Hausfrauen ans Herz gelegt wird: „Aluminium ist das einzige Metall, bei dem eine deutsche Erzeugung zur Versorgung des inländischen Bedarfs ausreicht im Gegensatz zu den anderen Metallen, bei denen wir mehr oder minder vom Auslande abhängig sind und für deren Beschaffung große Devisenbeträge aufgewendet werden müssen. Unter Verwendung deutscher Rohbraunkohle und des elektrischen Stromes wird in den inländischen Hüttenwerken mit Hilfe von Soda das Aluminium aus Tonerde hergestellt. Infolge dieser weitgehenden Verwendung deutscher Arbeit und Energie kann das Aluminium als das deutsche Metall bezeichnet werden."

Also: kauft das teutsche Metall! Wie war es doch gleich in den letztvergangenen Wochen? Hatten sich nicht gerade die Industriellen — und mit Recht — energisch gegen den Autarkiewahnsinn der Agrarier gewehrt?

Wenn die deutschen Industriellen weiter der Gepflogenheit huldigen, abwechselnd am linken und rechten Zügelband zu ziehen, so braucht sich niemand zu wundern, wenn die Pferde hinten und vorn ausschlagen und nicht von der Stelle kommen.

L. G.

DEUTSCHLAND

Täglich 200 Schmuggler im Bezirk des Landesfinanzamts Köln gefaßt: Im dritten Vierteljahr 1932 wurden 10 000 Strafanzeigen erstattet. Da sich ein großer Teil der Anzeigen gegen mehrere Personen richtet, bedeutet das einen Tagesdurchschnitt von 200 Personen. Es wurden beschlagnahmt: 3 Millionen Stück Zigaretten, 56 000 Heftchen Zigarettenpapier, 9000 Kilogramm Tabak, 26 000 Kilogramm Kaffee, 24 000 Kilogramm Getreide, 30 000 Kilogramm Müllereierzeugnisse, 65 000 Kilogramm Zucker, 16 000 Kilogramm Brot. An Beförderungsmitteln fielen den Zollbeamten in die Hände: 560 Fahrräder, 17 Krafträder und 47 Kraftwagen.

Kartell für Emaillewaren: Die deutsche Emaillewaren-Industrie, die bisher in der Wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Emaillierwerke zusammengeschlossen war, wandelt diese Vereinigung um in einen kartellartigen „Verband Deutscher Emaillierwerke". Er beabsichtigt, die Selbstkosten der Einzelbetriebe zu ermitteln und dann auf Grund einer einheitlichen Kalkulation neue Grundpreise festzustellen. Bis das geschehen ist, werden erst einmal die Preise für Emaillewaren um 5 bis 10 Prozent heraufgesetzt. Als Grund für die Kartellierung wird angegeben, daß die Verkaufserlöse weit unter den Selbstkosten liegen. — Infolge der schlechten Ausnutzung der Betriebe ist das sehr gut möglich. Es heißt aber, das Pferd am Schwanz aufzäumen, wenn durch eine Preiserhöhung eine noch schlechtere Betriebsausnutzung herbeigeführt wird!

Ein Kartell der deutschen sanitären Steingut-Fabriken ist für die Dauer von 10 Jahren gegründet worden. Erfolg: Die Preise werden im Durchschnitt um 10 bis 20 Prozent erhöht. Die Interessenten sind so unverschämt, dazu festzustellen, der Preisrückgang seit 1929 sei dadurch „noch nicht einmal ausgeglichen".

Roheisengewinnung etwas gestiegen: Im September wurden 273 000 Tonnen Roheisen gewonnen; im August waren es 268 000 Tonnen. Die arbeitstägliche Produktion lag 5 Prozent über der des Vormonats und 33 Prozent unter der im September vorigen Jahres.

Ein Staatseingriff zieht den anderen nach sich.

In den Kriegs- oder Nachkriegsjahren wurde in Deutschland die Wirkung von Höchstpreisfestsetzungen durch eine humoristische Bilderfolge „Der Zauberer" gut illustriert: Ein Schwein steht auf dem Tisch, dahinter der Zauberer. Er deckt das Tier mit einem Kasten zu und murmelt beschwörend: Höchstpreisfestsetzung. Er nimmt den Kasten weg. Das Schwein ist verschwunden. — Wenn die Regierung dafür sorgen wollte, daß trotz der Höchstpreisfestsetzungen Schweine da waren, mußte sie Schweine beim Produzenten beschlagnahmen. Die Höchstpreisfestsetzungen zogen also nahezu „naturnotwendig" die Erfassung der Bestände nach sich. Mit der Erfassung der Bestände war es häufig auch nicht getan. So zeigte sich nach der Festsetzung von Höchstmieten und der Beschlagnahme des vorhandenen Wohnraums ein weiterer Staatseingriff als „notwendig": die künstliche Belebung des Baumarktes durch Zuschüsse, Zinsverbilligung und andere Subventionen.

•

Nach vielen hundert Beispielen dieser Art bietet neuerdings die Agrarpolitik der Schweiz ein schönes Beispiel für die Fernwirkungen von Staatseingriffen und dafür, daß die Politiker sie zu ignorieren pflegen, daß jene Fernwirkungen sich aber durch Ignorieren nicht vernichten lassen.

Der schweizerische Bundesrat führt seit einiger Zeit eine „Bundeshilfe für die schweizerischen Milchproduzenten" durch. Ein wesentliches Glied in der Kette der Hilfsmaßnahmen ist die Erhöhung des Butterzolles. Dadurch wurde in der Tat der Milchpreis gestützt. Das war den Bauern natürlich angenehm, es hatte aber außerdem folgende Wirkungen:

1. Die Umstellung der Landwirte auf vermehrte Butterproduktion hatte einen Rückgang der Buttereinfuhr zur Folge. Die Butterzolleinnahmen sanken. Da man ausgerechnet sie zur Finanzierung der Milchpreisstützung heranziehen wollte, stimmte die Rechnung des schweizerischen Bundesrates vom Anfang dieses Jahres bald nicht mehr.

2. Da mehr Butter produziert wurde, fiel mehr Magermilch ab. Da mehr Magermilch zur Verfügung stand, fütterten die Bauern mehr Schweine. Da mehr Schweine da waren, sank der Schweinepreis.

Beide Folgen waren nicht beabsichtigt. Was geschah zu ihrer Bekämpfung? Der Bundesrat hoffte, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Er setzte am 6. September die Zölle auf Futtermittel herauf. Er hoffte, so gleichzeitig Geld zu beschaffen für die Stützung des Milchpreises und die Milchüberproduktion durch Verteuerung der Futtermittel einzudämmen. Am 13. Oktober sind diese Zölle erhöht worden.

Bei jedem Eingriff in die Milchwirtschaft müssen zum Beispiel folgende Schwierigkeiten bedacht werden: Bei Hochhaltung des Milchpreises wird die schweizerische Kondensmilchindustrie und die [illegible] kurrenzunfähig. Es wären also besondere Stützungsmaßnahmen für diese Industrien erforderlich. Die Lage wird dadurch besonders verschärft, daß der schweizerische Fremdenverkehr wegen der Krise stark abgenommen hat. Milch, die in den früheren Jahren von den bernischen Genossenschaften im Oberland abgesetzt werden konnte, bleibt dort unverkäuflich. Die Möglichkeit, Kälber in die Fremdenorte zu liefern, fällt weitgehend weg.

Man versteht also wohl, daß in Bundesratskreisen geäußert wurde: „Das Landwirtschaftsproblem in seiner Form der Milchpreisfrage ist weitaus komplizierter als die ganze Besoldungsangelegenheit."

Ja, es ist wahrlich eine komplizierte Angelegenheit geworden, Kapitalisten international möglichst ungeschoren durch die Krise zu bringen und dabei die Folgen der so verschärften Krise von den schweizerischen Bauern fernzuhalten!

— t.

Staatseingriffe und ihre Wirkungen.

Auch Oesterreich will autark werden und hat sich durch Einfuhrbeschränkungen von der Außenwelt abgeschlossen, oder vielmehr, es will sich abschließen. Denn es fragt sich, ob nicht jemand schlauer ist als der österreichische Staat. Wir finden in einer Fachzeitschrift in Deutschland folgendes Inserat:

„Wenn Sie in *Oesterreich* infolge der Einfuhr-Beschränkungen eine *Füllstation* einrichten wollen, so wenden Sie sich vertrauensvoll an

M. Wallost,
Parfümerie und Kosmeterie, Wien VII,
Westbahnstraße 26.

Mit modernsten Maschinen eingerichtet und gute Arbeitskräfte für alle Gebiete der modernen Parfümerie-Erzeugung."

Man sieht: Auch ein krummer Weg führt zum Ziel.

W. Fl.

ENGLAND

Auch hier Abwrackpläne? Die Schiffahrtskammer arbeitet Vorschläge für die Regierung aus. Aus einem Fonds von einer Million Pfund Sterling sollen Zuschüsse zur Abwrackung von 2 Millionen Bruttoregistertonnen überalteter Tonnage gegeben werden. Der gewonnene Schrott soll bis zur Besserung des Schrottmarktes auf Lager genommen werden. — Es ist sehr fraglich, ob die englische Regierung ebenso wie die japanische dem deutschen Vorbild folgt.

Arbeitslosigkeit stabil: Am 26. September wurden gezählt 2 858 000 Arbeitslose, etwa 2000 weniger als im Vormonat, etwa 33 000 mehr als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

SPANIEN

400 000 Arbeitslose: Das statistische Amt veröffentlicht die ersten offiziellen Angaben über die Arbeitslosigkeit. Statistisch erfaßt sind 328 000 Arbeitslose (davon 86 000 in West-Andalusien, 50 000 in Neu-Kastilien). Von einigen Provinzen liegen keine Meldungen vor. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wird bei einer Bevölkerung von 22 Millionen auf 400 000 geschätzt.